

Heute in der Zeitung

Politik

Mallorca-Affäre belastet Wüst

Wegen ihres Verhaltens nach der Flut sind Politiker in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz unter Druck. **Seite 4**

Papst ruft zu Feindesliebe auf

In der ersten großen Messe seit Beginn der Pandemie geht Franziskus auf den Krieg in der Ukraine ein. **Seite 5**

Baden-Württemberg

Eine Frau an der Spitze der Kirche

Heike Springhart ist in Karlsruhe als Bischöfin der Evangelischen Landeskirche in Baden eingesetzt worden. **Seite 7**



Wissen

Zyklus außer Takt

Die Monatsblutung ist ein wichtiges Vitalzeichen. Wenn sie ausbleibt, sorgen sich Frauen um ihre Gesundheit. **Seite 8**

Wirtschaft

Preise für Sommerreifen steigen

Wegen stark gestiegener Kosten für Rohstoffe, Energie und Transport müssen Autobesitzer mehr zahlen. **Seite 9**

Neuer Solidaritätszuschlag gefordert

Nach Meinung des LBBW-Chefvolkswirts müsste eine zusätzliche Reichen-Abgabe eingeführt werden. **Seite 10**

Kultur

Gänsehaut und Ohrenlust

Bei den Osterfestspielen in Baden-Baden macht Kirill Petrenko Tschaikowskys „Pique Dame“ zum Thriller. **Seite 13**

Aus aller Welt

Taucher erleben Albtraum

Nach einem Tauchgang in Malaysia treiben vier Europäer tagelang im Meer. Drei überleben, einer stirbt. **Seite 14**

Stuttgart

Bankautomaten: Die LBBW gibt nach

Vielleicht bleiben doch einige Automaten mehr erhalten. Das würde die Stadt freuen. **Seite 16**

Geselligkeit und Gebete

Mit der Einladung zum Fastenmahl im Ramadan hat Mili Görüs die Rückkehr zur Normalität gefeiert. **Seite 17**



Sport

Hertha versinkt im Chaos

Sportlich hat die Hertha im Stadtderby keine Chance. Der Präsident und der Investor werden angefeindet. **Seite 25**

Pannenkönig Verstappen

Wie in Bahrain bleibt der Niederländer wegen eines Defekts an seinem Red-Bull-Auto punktos. **Seite 28**

Kommentare & Kolumnen

Ein sehr schneller Anstieg der Zinsen brächte Risiken mit sich, meint Barbara Schäder. **Seite 9**

Was der Mund-Nasen-Schutz bisher versteckt hat, wird jetzt wieder sichtbar, meint Hilke Lorenz. **Seite 15**

Rubriken

Fernsehprogramm 11 Familienanzeigen 22
Impressum 16

StZ digital

StZ Plus

Immer aktuell und früher informiert

Nutzen Sie mit der Webseite und dem digitalen Angebot die gesamte redaktionelle Vielfalt der StZ.

www.stuttgarter-zeitung.de/plus

Newsletter „Die StZ am Morgen“

Wichtige Themen auf einen Blick

Montags bis samstags stellen unsere Redakteure die besten Texte für Sie zusammen. <http://stzlinx.de/newsletter>



Soziale Netzwerke

Diskutieren Sie mit!

Facebook, Instagram, Youtube: Die StZ können Sie auf allen Kanälen abonnieren. <http://stzlinx.de/social>

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon
Zentrale und Redaktion 0711 / 72 05 - 0
Anzeigen 0711 / 72 05 - 21
Leserservice 0711 / 72 05 - 61 61
Probe-Abonnement 080 00 14 14 14

Fax
Redaktion 0711 / 72 05 - 12 34
Anzeigen 01803 / 08 08 08*
Leserservice 0711 / 72 05 - 61 62
*01803: 0,09 Euro/Min., Preise aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.

Online
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen

E-Mail
Redaktion redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen anzeigen@swm-network.de
Leserservice service@stz.zgs.de

Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Südwest Media Network GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart

Tagesthema

Die große Unzufriedenheit

Die „Great Resignation“ in den USA ist in vollem Gange: Viele Amerikanerinnen und Amerikaner kündigen ihre schlecht bezahlten Jobs. Die Anti-Work-Bewegung gewinnt im Netz immer mehr Anhänger. Steht der US-Arbeitsmarkt vor einem Umbruch?

Von Sebastian Xanke

Es ist ein anhaltendes Beben, das den US-amerikanischen Arbeitsmarkt seit vielen Monaten in Unruhe versetzt: Immer mehr Amerikanerinnen und Amerikaner kündigen ihre Jobs; mehr als 4,5 Millionen waren es allein im November 2021. Seit dem Jahr 2000 erfasst das US-Arbeitsministerium die Zahl der Kündigungen pro Monat, nie lag der Wert auch nur ansatzweise so hoch. Experten sprechen von der Great Resignation, dem großen Rücktritt, einer Welle an Kündigungen. Besonders betroffen sind schlecht bezahlte Dienstleistungsberufe.

„Hotels etwa dürfen nach den coronabedingten Schließungen wieder öffnen und merken, dass viele Beschäftigte nicht mehr zu den bisherigen Konditionen arbeiten wollen“, stellt Natalie Rauscher, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Heidelberg Center for American Studies, fest. Es ist eine große Unzufriedenheit, die bis in die amerikanische Mittelschicht hineinlangt. „Seit den 70er Jahren stagnieren die Einkommen der amerikanischen Mittelschicht, und die Ungleichheit zwischen Arm und Reich im Land wächst immer mehr“, erklärt Natalie Rauscher.

Gleichzeitig steigt die Inflation massiv an, Wohnungspreise gehen durch die Decke. Viele, die einmal zur Mittelschicht gehörten, sind dadurch in schwierige finanzielle Verhältnisse gerutscht. Vor allem jüngere Generationen merken, dass sie in etlichen Belangen deutlich schlechter dastehen als ihre Eltern, etwa weil sie sich kein Haus mehr leisten können – und das, obwohl sie oft besser qualifiziert sind.

In der Pandemie veranlasste die amerikanische Regierung außerdem üppige Coronahilfen für Privathaushalte. „Da haben sich viele Menschen Rücklagen geschaffen und somit gerade keinen Druck, den nächsten schlecht bezahlten Job anzufangen“, sagt Rauscher.

Die Wirtschaft floriert

Das ist die eine Seite des US-Arbeitsmarktes. Die andere Seite liest sich so: Im November 2021 gab es nicht nur 4,5 Millionen freiwillige Kündigungen, sondern auch 6,7 Millionen neue Einstellungen. Die Präsidentin des Economic Policy Institute in Washington, Heidi Shierholz, betont deshalb: „Die, die ihre Arbeit kündigen, nehmen andere Stellen an und verlassen nicht die Arbeitswelt, und das Jobwachstum ist sehr stark. Das sind gute Nachrichten!“

Tatsächlich floriert die Wirtschaft in den USA, die Gesellschaft liegt nah an der Vollbeschäftigung. Im Land gibt es mehr offene Jobs als Arbeitslose. Die Folge ist, dass die Löhne im Land steigen. „Die Anzahl der Jobangebote, die einen Startbonus beim Gehalt anbieten,



1400 Beschäftigte haben beim Frühstücksflocken-Hersteller Kelloggs für bessere Löhne gestreikt und die Produkte boykottiert.

Fotos: imago/Jim West, Klaus-Peter Wittmann

DER US-AMERIKANISCHE ARBEITSMARKT

Minimum Wage Welcher Mindestlohn in den USA gilt, hängt vom jeweiligen Bundesstaat ab. Grundsätzlich gibt die amerikanische Regierung einen Mindestlohn von 7,25 Dollar vor – ein Betrag, der sich seit dem Jahr 2009 nicht verändert hat. Einzelne Staaten wie Florida oder New York haben ihren

Mindestlohn auf bis zu 15 Dollar pro Stunde angehoben. In der Gastronomiebranche wird dieses Gehalt aber so gut wie nie gezahlt. Trinkgelder sollen dort in der Regel die Differenz ausgleichen.

Hire and Fire In den USA herrscht vielerorts die sogenannte Hire-and-Fire-

Mentalität in den Unternehmen. Rechtlich haben Arbeitgeber die Möglichkeit, sehr kurzfristig Menschen einzustellen – oder Beschäftigte zu entlassen. Abmahnungen wie in Deutschland gibt es nur selten. Und: Werden Beschäftigte in den USA krank, müssen sie meistens ihre Urlaubstage dafür aufwenden. *xan*

hat sich von März 2020 bis zum Oktober 2021 mehr als verdoppelt“, heißt es in einer Untersuchung des Conference Board, einer Non-Profit-Organisation aus den USA. Arbeitgeber konkurrieren um Beschäftigte, die Gewerkschaften erleben einen Aufschwung. „Wegen der

außergewöhnlichen Umstände sehen wir eine Verschiebung im Machtgleichgewicht“, sagt Shierholz. „Wir befinden uns in einer wirklich abnormalen Situation.“

Konkret zeigt sich das etwa beim weltgrößten Online-Händler Amazon.

„Viele Firmen wenden Tricks an“

Interview Deutschland hat inzwischen den größten Niedriglohnsektor in Europa, und die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt gleicht sich dem amerikanischen immer mehr an. Dort hängt das Aufenthaltsrecht oft am Arbeitsvertrag.

Frau Mayer-Ahuja, Sie schreiben, viele Beschäftigte in Deutschland könnten „kaum ihre Existenz sichern“, andere würden „durch Vorgesetzte und Kund*innen streng kontrolliert“. Haben wir inzwischen amerikanische Verhältnissen auf dem deutschen Arbeitsmarkt?

Anfang der 1990er Jahre war es tatsächlich das Ziel, in Deutschland amerikanische Verhältnisse herzustellen. Es gab eine Debatte über hohe Arbeitslosigkeit im Land und die Frage, warum es in den USA zu der Zeit besser lief. Das Ergebnis der Überlegungen: In den USA müssen Unternehmen weniger hohe Gehälter zahlen und kaum Kündigungsschutz beachten. Die Hoffnung in Deutschland war also, wenn auch hier auf mehr Niedriglohn und flexiblere Verträge gesetzt wird, beginnt der Arbeitsmarkt wieder zu laufen.

Das Ergebnis ist, dass heute etwa 20 Prozent der Beschäftigten in Deutschland weniger als rund 2300 Euro brutto im Monat zur Verfügung haben.

Wir haben inzwischen einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa. Die deutschen Verhältnisse sind den amerikanischen sehr viel näher gekommen. Natürlich gibt es aber auch Unterschiede. Die meisten Beschäftigten hier sind etwa krankenversichert.

Lässt sich der Niedriglohnsektor verkleinern?

Wenn wir zum Beispiel die Mindestlöhne schnell kräftig erhöhen würden, hieße das, dass die unterste Ebene der Niedriglohnbeschäftigung legal nicht mehr möglich wäre. Aus unseren Studien wissen wir zwar, dass mancherorts trotzdem kein Mindestlohn gezahlt wird, aber eine Erhöhung wäre zumindest ein Anfang.

Reichen die geplanten 12 Euro dafür aus?

Na ja, damit bewegt man sich wenigstens im europäischen Durchschnitt. Existenzsichernde Löhne würden trotzdem nicht um sich greifen. Wir sehen zum Beispiel einen massiven Ausbau des Mini-Job-Bereichs – da gibt es noch allerhand Probleme, weil viele Firmen Tricks anwenden, um keine Sozialabgaben zahlen zu müssen. Im Reinigungsgewerbe ist das gang und gäbe. Niedriglöhne gibt es häufig in Bereichen, die weiblich und migrantisch geprägt sind.

Auch Beschäftigte in Logistikzentren wie Amazon arbeiten oft im Niedriglohnsektor. Zuletzt sind dort Streiks verpufft. Sind organisierte Beschäftigte überhaupt mächtig genug?

Teilweise. Bei Amazon hat sich die Situation etwa durch Betriebsratsgründungen insofern verbessert, als dass organisierte Beschäftigte an verschiedenen Standorten nicht mehr einfach gegeneinander ausgespielt werden können. Aber natürlich ist es dort schwer, gemeinsam für Rechte einzutreten. In den Logistikzentren werden beispielsweise seit Jahren viele Menschen aus Flüchtlingszentren rekrutiert. Da hängt das Aufenthaltsrecht manchmal am Arbeitsvertrag. Eine Organisation ist dann schwierig. Seit Jahren sind die Gewerkschaften in Deutschland in der Defensive, trotzdem verzeichnen wir die Tendenz, dass es machen von ihnen gelingt, wieder mehr Mitglieder zu bekommen.

Das Gespräch führte Sebastian Xanke.

ARBEITSSOZIOLOGIN

Arbeit Nicole Mayer-Ahuja (49) ist Professorin für Soziologie von Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft an der Georg-August-Universität Göttingen. Davor war sie Professorin in Hamburg und Direktorin des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen. Zuletzt schrieb sie das Buch „Verkannte Leistungsträger:innen: Berichte aus der Klassengesellschaft“. *xan*

